

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (19. Ausschuss)

- 1. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ernst Burgbacher,
Marita Sehn, Helga Daub, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/1799 –**

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/1303 –**

**Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung
– 14./15. Legislaturperiode –**

- 2. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/1303 –**

**Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung
– 14./15. Legislaturperiode –**

A. Problem

Zu dem tourismuspolitischen Bericht der Bundesregierung für die 14./15. Legislaturperiode hat die Fraktion der FDP einen Entschließungsantrag vorgelegt. Der Entschließungsantrag stellt fest, dass die Zukunftsbranche Tourismus sowohl unmittelbar als auch im weiteren Umfeld des Tourismus insgesamt 2,8 Millionen Arbeitsplätze sichere, mehr als 100 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung stelle und maßgeblich zum Bruttoinlandsprodukt beitrage. Allerdings seien gravierende Verschlechterungen der Rahmenbedingungen für die heimische Tourismuswirtschaft zu verzeichnen. Insbesondere die Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast habe Unternehmen und Verbraucher verunsichert. Die Konjunktur- und Konsumflaute habe die Lage für die Tourismuswirtschaft in Deutschland nochmals verschärft. Um dem entgegenzuwirken, soll die Bundesregierung mit dem Entschließungsantrag unter anderem aufgefordert werden, die Steuer- und Abgabenbelastung für Unternehmen und Verbraucher deutlich zu senken. Verkrustungen im Arbeitsrecht seien insbesondere durch Wegfall restriktiver Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes sowie des Arbeiterlaubnisrechts zu beseitigen. Bürokratielasten für die mittelständische Tourismuswirtschaft seien drastisch zurückzuführen, insbesondere durch Änderung der Arbeitsstättenverordnung.

B. Lösung

In Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU und Abwesenheit der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung – Drucksache 15/1303 – den Entschließungsantrag auf Drucksache 15/1799 abzulehnen.

Berlin, den 10. November 2004

Der Ausschuss für Tourismus

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Klaus Brähmig
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Klaus Brähmig

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 69. Sitzung am 23. Oktober 2003 den Entschließungsantrag auf Drucksache 15/1799 und die Unterrichtung auf Drucksache 15/1303 an den Ausschuss für Tourismus zur federführenden Beratung sowie an die Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Alle mitberatenden Ausschüsse haben in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung empfohlen, den Entschließungsantrag abzulehnen. Die Empfehlung erfolgte in der Mehrzahl der Ausschüsse mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU. Im Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat sich auch die Fraktion der CDU/CSU für die Ablehnung des Entschließungsantrags ausgesprochen. Der Ausschuss für Kultur und Medien hat zusätzlich empfohlen, die Bundesregierung aufzufordern, zukünftig einen eigenen Abschnitt zum Kulturtourismus in den Bericht aufzunehmen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der Ausschuss für Tourismus hat den Entschließungsantrag und die Unterrichtung in seiner 50. Sitzung am 10. November 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU sowie bei Abwesenheit der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beschlossen, in Kenntnis der Unterrichtung auf Drucksache 15/1303 die Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 15/1799 zu empfehlen.

Die **Fraktion der SPD** legte dar, dass der Entschließungsantrag aus mehreren Gründen abzulehnen sei. Bei den Mehrwertsteuersätzen im Gastronomiegewerbe liege Deutschland genau im Mittelfeld. Zwölf EU-Staaten hätten höhere, zwölf Länder niedrigere Mehrwertsteuersätze in diesem Bereich. Keine Aufweichungen wolle die Fraktion der SPD auch im Bereich des Jugendarbeitsschutzes. Richtig sei, die Bürokratielasten für die Tourismuswirtschaft in Deutschland zurückzuführen. Die Bundesregierung sei in diesem Bereich jedoch schon ein gutes Stück vorangekommen, verwiesen sei nur auf die 29 Vorschläge des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, zu Bürokratieabbau und Deregulierung. Die Befreiung der Betriebe von bürokratischen Bestimmungen der geltenden Arbeitsstättenverordnung sei beispielsweise schon erledigt.

Der Bundesregierung sei für den aussagekräftigen Bericht zu danken. Er stelle fest, dass der Tourismus zu den Schwer-

gewichten unserer Volkswirtschaft gehöre und dass die Bundesregierung diesen Wirtschaftszweig sehr ernst nehme. Für die Tourismusbranche seien im Berichtszeitraum zahlreiche wegweisende Initiativen gestartet worden. Besonders hervorzuheben sei das Engagement der Bundesregierung im Bereich des barrierefreien Tourismus. Folgende Projekte seien in den vergangenen Jahren finanziell gefördert worden: Schulung von regionalen Tourismusberatern, das Reisemagazin „Grenzenlos“, das Urlaubsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen in verschiedene Reiseregionen und Ländern vorstelle, die Teilnahme von Selbsthilfeverbänden an Messen der Tourismusbranche und ein integriertes System zur Erhebung von Informationen über die Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude mit Namen „You-Too“ und die Bereitstellung dieser Informationen im Internet. Darüber hinaus habe der Bund die Gründung der Nationalen Koordinierungsstelle Tourismus für alle e. V. (NatKo) im September 1999 unterstützt. Schließlich habe das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Jahr 2003 – dem EU-Jahr der Menschen mit Behinderungen – eine Studie zu den wirtschaftlichen Effekten eines barrierefreien Tourismus für alle in Auftrag gegeben. Die zwischenzeitlich vorliegenden Ergebnisse bestätigten, dass schon jetzt Reisen von Menschen mit Mobilitäts- oder Aktivitätseinschränkungen mit einem jährlichen Nettoumsatz in Höhe von ca. 2,5 Mrd. Euro am Volkseinkommen beteiligt seien. Dies entspreche etwa 65 000 Vollarbeitszeitplätzen. Wenn es gelänge, mehr Akzeptanz und bessere Voraussetzungen für die Bedürfnisse der Menschen mit Mobilitäts- und Aktivitätseinschränkungen zu schaffen, könnten sich weitere volkswirtschaftliche Impulse bis zu 5 Mrd. Euro bei 90 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen ergeben.

Flankierend zu den Bemühungen der Bundesregierung hätten die Koalitionsfraktionen einen Antrag „Reisen ohne Handicap – Für ein barrierefreies Reisen und Naturerleben in unserem Land“ in den Deutschen Bundestag eingebracht, der unter anderem fordere, dass „barrierefrei“ zu einem Markenzeichen des Deutschlandtourismus werden solle.

Weiter habe die Bundesregierung dargestellt, dass neben dem barrierefreien Tourismus auch andere besondere Urlaubssegmente weiterentwickelt worden seien und zukünftig auch weiter gefördert würden, wie z. B. der Kinder- und Jugendtourismus, Urlaub für Familien, Wassertourismus oder naturnaher Tourismus. Auch sei deutlich gemacht worden, dass die Bundesregierung weiterhin den sexuellen Missbrauch von Kindern im Tourismus nachhaltig bekämpfen möchte.

Einer der Erfolgsfaktoren und zugleich wichtigstes Marketinginstrument für den Deutschlandtourismus sei die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT). Daher habe die Bundesregierung seit ihrer Amtsübernahme im Jahr 1998 die Mittel kontinuierlich angehoben. Auch in diesem Jahr seien die Zuwendungen für die DZT erneut erhöht worden, auf 24,474 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2005. Damit seien die Mittel seit 1998 um 30 Prozent aufgestockt worden. Mehr sei angesichts der Haushaltslage des Bundes nicht möglich.

Insgesamt biete der Tourismusbericht der Bundesregierung einen fundierten und nach vorne gerichteten Überblick über die tourismuspolitische Arbeit der Bundesregierung. Mehrere oder gar jährliche Berichte innerhalb einer Wahlperiode seien daher nicht notwendig.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, dass sie sich zu dem Entschließungsantrag enthalten wolle, da sich die Vorstellungen von Union und FDP zwar einerseits zum Beispiel im Bereich der Mehrwertsteuer deckten, es andererseits aber im Bereich der konkreten Stufentarife eines vereinfachten Steuersystems und dem Arbeitserlaubnisrecht divergierende Meinungen gebe.

Was den tourismuspolitischen Bericht angehe, so sei darauf hinzuweisen, dass der Tourismus nicht nur einen handfesten Wirtschaftsfaktor darstelle, sondern auch eine der wenigen Branchen sei, deren Arbeitsplätze nicht exportiert werden könnten. Denn Tourismus gemeinsam mit Kultur, Landschaft und Brauchtum werde immer von und mit denen in einer Region lebenden Menschen angeboten. Daher gelte es, dass diese besonders personalintensive Branche, die Arbeitsplätze und Einkommen im Bereich Urlaub, Freizeit und Reisen in Deutschland biete, noch besser auszuschöpfen. Insbesondere seien die DZT-Mittel über das bestehende Maß hinaus zu erhöhen, denn diese innovativ eingesetzten Steuergelder würden sich für Deutschland letztlich um ein vielfaches auszahlen. Eine Erhöhung der DZT-Mittel sei auch deshalb notwendig, um die Chance zu nutzen, die sich für Deutschland im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2006 biete. Deutschland könne sich als weltoffenes, sympathisches und modernes Land sowie als gastfreundliches und attraktives Reiseziel präsentieren. Um das sportliche Groß-

ereignis auch für die Tourismusbranche zu nutzen, sei es notwendig, Reiseveranstalter und Hoteliers eine ausreichende Anzahl von Tickets zuzuteilen, damit vor allem ausländischen Besuchern Tickets als Paket mit Übernachtungen und Reisen angeboten werden könnten.

Zu kritisieren sei, dass verschiedene Bereiche der Tourismuswirtschaft in dem Bericht kaum oder gar nicht angesprochen worden seien. Dem Bereich der Fluss- oder Hochseekreuzfahrten sei nur ein kleiner Absatz gewidmet worden, der der Bedeutung dieses Marktsegments keinesfalls gerecht werde. Überhaupt nicht eingegangen worden sei auf die Problematik der Wettbewerbsverzerrungen durch die verschiedenen Mehrwertsteuersätze in Europa oder die Belastungen, die sich für den Kraftfahrer durch die Ökosteuer ergäben. Immerhin 55 Prozent der Deutschen führen mit dem Auto in Urlaub, was diesen Verkehrsträger zum wichtigsten Transportmittel für Urlaubsreisende mache.

Um die wirtschaftliche Bedeutung, die der Tourismus für Deutschland habe, noch besser zu kommunizieren, und die Chancen und das Potenzial dieses Wirtschaftszweiges noch besser zu verdeutlichen, sei es wünschenswert, wenn die Bundesregierung einen jährlichen tourismuspolitischen Bericht vorlege.

Die **Bundesregierung** hob hervor, dass sie sich darum bemühe, zusätzliche Mittel von etwa 2 Mio. Euro bewilligt zu bekommen, um die Werbung für die Fußballweltmeisterschaft breiter anlegen zu können. Da auf Jahre hinaus kein vergleichbares Ereignis mehr in Deutschland oder gar in Europa stattfinden werde, solle mit den zusätzlichen Mitteln vor allem im Ausland für das WM-Land Deutschland geworben werden.

Berlin, den 10. November 2004

Klaus Brähmig
Berichterstatte

